
Einstein brauchte keinen Pressesprecher. Die heutige Wissenschaft dagegen ist auf professionelle Medienarbeit angewiesen

Karl Ulrich Mayer

Es war Anfang November 1919, als etwas äußerst Denkwürdiges für die Wissenschaft und die Wissenschafts-PR geschah: Die *London Times* titelte „Wissenschaftliche Revolution“, „Neue Theorie vom Universum“, „Newtons Vorstellungen umgestürzt“. Damit wurde der erste Superstar der Wissenschaft geboren – Albert Einstein. Und das ausgerechnet wegen einer Arbeit, die nur eine Handvoll Menschen weltweit überhaupt verstand. Einsteins Relativitätstheorie, die einige Jahre zuvor publiziert worden war, wurde durch eine Expedition nach Südafrika bestätigt. Dort war eine Sonnenfinsternis zu sehen, die die Gelegenheit bot, den so genannten Gravitationslinseneffekt nachzuweisen. Verkürzt dargestellt geht es dabei darum, dass das Licht von seiner geraden Bahn durch starke Schwerkraft abgelenkt wird. Praktische Relevanz damals? Null. Und doch gab es ein weltweites Medienecho – die Marke Einstein wurde geboren. Der Physiker nutzte seine Bekanntheit und nahm zu vielen politischen Fragen Stellung, obwohl ihm der Starrummel offenbar suspekt war: „Diese Welt ist ein sonderbares Narrenhaus. Gegenwärtig debattiert jeder Kutscher und jeder Kellner, ob die Relativitätstheorie richtig sei.“ (Albert Einstein am 12. September 1920, zitiert nach W. Gerischer-Landrock, 17.03.2008 im Österreichischen Rundfunk ORF, <http://oe1.orf.at/artikel/206998>) Der Personenkult um Einstein verstärkte sich mit der Verleihung des Nobelpreises im Jahr 1922 nochmals. Grundlagenforschung war spannend, revolutionär – und sie war ein Massenthema. Noch etwas kommt hinzu: Forschung war etwas, auf das man stolz war, das ein Land sich leistete.

Und das alles geschah, ohne dass Einstein einen Pressesprecher hatte. Was hat sich in den 90 Jahren seither verändert im Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit? Welche Rolle spielen die Medien dabei? Es ist hier nicht der Raum für eine wissenschaftshistorische oder medienkritische Darstellung, aber es lohnt sich, Schlaglichter auf einige Punkte zu richten.

K. U. Mayer (✉)
Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz,
Schützenstraße 6a, 10117 Berlin, Deutschland
E-Mail: mayer@leibniz-gemeinschaft.de

1 Mehr Wissenschaft

Das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches (zitiert aus dem Deutschen Digitalen Zeitschriftenarchiv www.digizeitschriften.de) verzeichnet für das Jahr 1911 – damals wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet – 23 Universitäten mit etwas mehr als 50.000 Studenten (der Frauenanteil lag übrigens bei unter drei Prozent). Hinzu kamen 46 weitere Hochschulen und Akademien. Ein Blick in die Statistik der Hochschulrektorenkonferenz zeigt für das Jahr 2010 insgesamt 110 Universitäten und Hochschulen mit Promotionsrecht sowie 267 weitere Hochschulen und Akademien. Die Anzahl der Studierenden gibt der *Bundesbericht Forschung und Innovation 2010* des *Bundesforschungsministeriums* (BMBF 2010, S. 516) mit 2,025 Mio. an. In den letzten hundert Jahren hat sich also die Zahl der Studierenden vervierzigfacht, und es gibt mehr Bildungsstätten denn je. Obgleich die schiere Zahl nicht unbedingt etwas über den Qualifikationsstand der Bevölkerung aussagt, lässt sich wohl festhalten, dass heute weitaus mehr Menschen ein Grundverständnis vom wissenschaftlichen Arbeiten haben dürften, als zu den Berliner Zeiten Einsteins.

Zugleich gibt es auch weitaus mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem höheren wissenschaftlichen Output als je zuvor. Zu den Hochschulen hinzu kommen mehrere hundert außeruniversitäre Einrichtungen; 86 allein in der Leibniz-Gemeinschaft (Stand: Januar 2012). Die außeruniversitäre Forschung in Deutschland beschäftigt derzeit mehr als 100.000 Menschen (Rammer 2010). Ein dritter Punkt: Die Bedeutung der Wissenschaft für unsere hochtechnisierte Gesellschaft ist viel größer geworden. Das ist angesichts der elektronischen Kommunikation und Unterhaltung, der Energieversorgung und der Medizin fast schon eine Binsenweisheit.

2 Mehr Kritik

Forscher haben sich im vergangenen Jahrhundert Schuld aufgeladen. Das fing mit der Entwicklung von Giftgasen zum Einsatz im Ersten Weltkrieg an und kulminierte in der Konstruktion der schlimmsten Waffen, die es je gab und die die Erde dauerhaft für Menschen unbewohnbar machen könnten. Sogar Ärzte machten sich schuldig, wie die Euthanasieprogramme sowie die unvorstellbar grausamen Menschenversuche in den deutschen Konzentrationslagern belegen. Unfälle, Skandale und emotionalisierte Auseinandersetzungen, etwa um Atomkraft, Gentechnik oder Präimplantationsdiagnostik, haben darüber hinaus dazu geführt, dass die Wissenschaft unter einem weitaus höheren Legitimationsdruck als früher steht. Den Druck erhöht noch ein weiterer Umstand: Die Konkurrenz um Mittel ist größer geworden; nicht nur innerhalb des so stark angewachsenen Wissenschaftssystems, sondern vor allem zwischen den Systemen, beispielsweise zwischen Wissenschafts- und Sozialhaushalten.

3 Mehr Medien

Tageszeitungen, Monatshefte, Radio und Fernsehen, sowie das mittlerweile allgegenwärtige Internet versorgen uns heute mit einer Flut von Informationen aus allen Teilen der Welt in immer kürzeren Zyklen. Das hat die Welt nicht nur kleiner gemacht, sondern auch bunter und schriller. Zwischen 6000 und 8000 Botschaften erreichen den durchschnittlichen Bewohner der westlichen Welt jeden Tag. Das heißt, dass es für die Wissenschaft trotz der gestiegenen Bedeutung und der großen Anzahl von Fach- und Spezialmedien immer schwerer wird, mit ihren Anliegen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Häufig werden selbst innerhalb der Wissenschaft wichtige Befunde erst dann zur Kenntnis genommen, wenn sie von überregionalen Medien aufgegriffen werden.

4 Die Anliegen der Wissenschaft

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ So heißt es in Art. 5, Absatz 3 des Deutschen Grundgesetzes. Freiheit ist in der Tat eines der höchsten Güter für Wissenschaft und Forschung. Es geht dabei um die Freiheit der Themenwahl ebenso wie um die Freiheit bei der Wahl der Mittel, mit denen der Forschungsgegenstand untersucht wird. Es geht auch um die Freiheit, die Ergebnisse publizieren zu dürfen und sich austauschen zu können mit internationalen Kolleginnen und Kollegen. Um das alles gewährleisten zu können, bedarf es auch der Sicherheit – wie die Freiheit ist dieser Begriff ebenfalls facettenreich. Rechtssicherheit ist wichtig für die Forschung, wie beispielsweise die Debatte um importierte Stammzellen gezeigt hat. Ebenso geht es um finanzielle Sicherheit und Planbarkeit. Was Freiheit und Sicherheit betrifft, braucht sich das heutige Deutschland gewiss nicht zu verstecken, im Gegenteil. Und doch gibt es immer wieder Bereiche, in denen Wissenschaft und Forschung auf die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Politik angewiesen sind: Das zeigt sich in der angesprochenen Stammzelldebatte, bei Urheberrechtsproblemen oder schlicht in Finanzfragen. Den Medien kommt dabei als Mittler zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit sowie zwischen Wissenschaft und Politik eine zentrale Rolle zu. Wie oben angesprochen, steht die Wissenschaft unter ganz anderem Legitimationsdruck als früher. Anstatt sich auf einen einzelnen Markenbotschafter wie Einstein zu verlassen, hat sie daher ihre Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert. Diese letztere Entwicklung ist vergleichsweise neu. So ist das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Medien längst nicht so gut austariert wie etwa das zwischen Politik und Medien.

5 Eine Dreiecksbeziehung: Wissenschaft, Politik und Medien

Die Beziehung zwischen Politik und Medien ist alt. Sie ist geprägt von einer Art Hassliebe und eingespielten Regeln. Beide Partner brauchen einander, belauern einander und brechen immer wieder in wechselseitige Attacken aus. Versöhnungsszenen in Hinterzimmern

oder bei gemeinsamen Reisen gehören dazu. Schon der jüngste Anfänger in der Lokalpolitik lernt, dass man die Medien braucht und für seine Zwecke nutzen kann. Er oder sie lernt auch, dass es eine „liaison dangereuse“ ist, weil man rasch – und oft schmerzhaft – von eben jenen Redaktionen gescholten wird, die einen gerade noch umworben haben, oder denen man Hintergrundinformationen aus nicht-öffentlichen Sitzungen gesteckt hatte. Lange stand die Wissenschaft dem Spiel von Politik und Medien distanziert gegenüber, ja fühlte sich über den Dingen stehend. Heute dagegen lebt die Forschung in einer Art Dreiecksbeziehung mit Politik und Medien. Vorbehalte gegenüber den Medien sind gefallen, Schwellenängste verringert. Wissenschaftler treten im Fernsehen auf, verfassen Beiträge oder geben Interviews. Sie versuchen in einfachen Worten zu erklären, was sie forschen. Ich erinnere mich gut an Vorwürfe, die noch vor wenigen Jahren aus dem Kollegenkreis an jene gerichtet wurden, die sich in die Medien getraut hatten: Wer so popularisiert, treibe keine ernsthafte Forschung, sondern bediene nur die eigene Eitelkeit; mit Medien solle man sich am besten so wenig wie möglich abgeben. Zum Glück sind solche Vorwürfe selten geworden. In den USA, wo ich in den vergangenen sechs Jahren geforscht und gelebt habe, sind die Vorbehalte gegen eine Popularisierung weitaus geringer. Mir scheint es fast so zu sein, als schätzte man im anglo-amerikanischen Raum gute Erzähler mehr als hierzulande.

In den USA hat die *American Association for the Advancement of Science* (AAAS) schon 1987 den *Award for Public Understanding of Science & Technology* eingeführt. In Deutschland sollte es noch zwölf Jahre dauern, bis 1999 die fast gleichnamige *Initiative Public Understanding of Science and Humanities* (PUSH) mit einem Memorandum startete. PUSH hat vieles zum Positiven hin bewegt. Es ist weitgehend selbstverständlich geworden, dass Wissenschaftler in den Medien präsent sind. Die DFG lobt seit gut zehn Jahren den Communicator-Preis aus, den 2009 die Soziologin Jutta Allmendinger gewann; übrigens nach Friedemann Schrenk vom Senckenberg-Museum (2006) und Wolfgang Heckl vom Deutschen Museum (2002) als Dritte aus der Leibniz-Gemeinschaft.

Was ist mit der Politik? Deren Beratung ist gerade bei Leibniz-Einrichtungen eine Selbstverständlichkeit. Das leitet sich aus dem Gründungsauftrag aller Leibniz-Einrichtungen ab: Wir betreiben Forschung und Wissenschaft, die von gesamtstaatlicher Bedeutung und gesellschaftlicher Relevanz sind. Dies bedeutet für uns, das erarbeitete Wissen gerade auch der Politik zur Verfügung zu stellen. Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bekleiden seit vielen Jahren Positionen in zahlreichen Sachverständigenräten der Regierung, sei es für Umweltfragen oder in der Wirtschaft. Zwei Leibniz-Forscher sind Mitglied im *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (Wirtschaftsweise); einer, Wolfgang Franz vom ZEW, ist dessen Vorsitzender.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Bildung. So sind das *Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung* in Frankfurt am Main und das *Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik* (Kiel) maßgeblich an der PISA-Studie beteiligt. Und einer unserer Verwaltungsexperten – Jan Ziekow vom *Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung* – berät die Vereinten Nationen. Ein weiteres Beispiel sind unsere Expertinnen und Experten für Klima und Energie, die sich immer wieder mit

Debattenbeiträgen zu Wort melden und die konkrete Vorschläge für eine Umgestaltung der Energiewirtschaft und -politik machen. Daraus wird dann in Medien der Vorwurf, Protagonisten der Klimaforschung seien keine Wissenschaftler mehr, sondern Politiker. Dahinter steht die Frage, ob Forscher sich in die Politik einmischen dürfen. Meine Antwort: Sie müssen es sogar! Was wäre das für eine Wissenschaft, die ihre Ergebnisse, sofern sie gesellschaftlich relevant sind, nicht in Handlungsempfehlungen ummünzte? Gewiss, es gab zu Anfangszeiten der Klimaforschung manche Kollegen, die sich nicht bewusst waren, dass ihre Szenarien als Prognosen gedeutet würden. Die bei der Schilderung von Gefahren nicht darauf achteten, dass Medien daraus Katastrophen machten.

Aber die Wissenschaftler haben gelernt. Damit ist die Kritik an der Arbeit der Klimaforscher, insbesondere des *IPCC*, jedoch nicht verstummt. Die Vorwürfe erinnern mich an den Beginn der Zusammenarbeit mit den Medien. Wer sich heute als Wissenschaftler politisch relevant exponiert, gilt nicht mehr als Wissenschaftler, zumindest büßt er oder sie fachliches Renommee ein. Ich halte das für unzeitgemäß. Gegen wissenschaftlich fundierte Kritik an öffentlichen Aussagen der Wissenschaftler ist nichts einzuwenden, aber davon kann ich wenig erkennen. Vielmehr lese ich aus Artikeln und Interviews ein gewisses Unbehagen über angeblich undurchschaubare Ergebnisse. Für die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, die Klima- und Umweltforschung betreiben, weise ich diese diffuse Kritik mit allem Nachdruck zurück. All unsere Institute haben sich höchsten Qualitätsstandards verpflichtet und alle Ergebnisse sind nachprüfbar. Beinahe verleumderisch ist es zu unterstellen, mit Alarmismus würden Forschungsmittel eingeworben – wer die Antragsverfahren kennt, der weiß, dass Exzellenz und Relevanz sehr genau geprüft werden. Ursache der Kritik ist vielleicht ein Unbehagen vor zu viel Macht der Wissenschaft. Das könnte erklären, warum manche Forscher, die sich womöglich selbst als weniger mächtig (weil weniger medial präsent?) empfinden, ihre Kollegen mit Vorwürfen überziehen. Und das würde erklären, warum Journalisten dies so bereitwillig aufgreifen.

Nur: Wo ist die angebliche Macht der Klimaforschung, wenn ich die Ergebnisse des Kopenhagen-Gipfels von 2009 analysiere? Die Klimadiplomatie zeigt doch sehr genau, dass das Primat nach wie vor bei der Politik liegt. Und das ist richtig so, selbst wenn die Verhandlungsergebnisse hinter den von Wissenschaftlern formulierten Notwendigkeiten zurückbleiben. Wissenschaftler empfinden sich eher als ohnmächtig und schreiben der Politik und den Medien Macht zu – womit wir wieder bei der Dreierbeziehung sind. Die Kontrolle der Politik durch die Medien hat viel mit Macht zu tun, aber auch mit den Spielregeln aus der Beziehung: Was die Partner Politik und Medien über viele Jahre lang gelernt haben, das sich Zanken und Versöhnen, das Über-die-Bande-Spielen und die Unter-Drei-Gespräche, die wechselseitige Abhängigkeit („Gib‘ du mir eine Exklusiv-Geschichte und ich verschaff‘ dir in meinem Medium ein Podium“) – all das gehört nicht zum Verhaltensrepertoire der Wissenschaft und sollte es auch nicht.

Wissenschaft lebt vom Diskurs, durchaus auch von hartem Meinungs Austausch, aber sie hat sich dafür eigene Arenen – Kongresse oder Zeitschriften – geschaffen. Die Medien hingegen suchen stets nach Gegensätzen und Konfliktlinien. So wird aus manchem fach-

lichen Disput unnötigerweise ein persönlicher oder gar ein Politikum. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich bin für unabhängigen Journalismus, und es geht nicht darum, Konflikte unter der Decke zu halten. Doch viele wissenschaftlich produktive Fachauseinandersetzungen werden durch die Medien in politikähnliche Konflikte umgedeutet. Das zeigt sich in Fragen der Energieversorgung, in der Klima- und Umweltpolitik, sowie bei der grünen Gentechnik, um nur die prominentesten Beispiele zu nennen. Die Umdeutung macht es zum einen einfacher, insbesondere für nicht im Fach stehende Journalisten, sich mit dem Thema zu befassen. Kronzeugen finden sich schnell, seien es Klima-Skeptiker oder eben neuerdings Wissenschaftler, die eine Politisierung der Forschung beklagen. Interessanterweise erfahre ich von derlei Vorwürfen ausgerechnet aus Medien: Die Kritiker der Politisierung und Medialisierung bedienen sich also genau des Instrumentariums, das sie so kritisieren. Zum anderen: Wenn wissenschaftliche Ergebnisse, die gesellschaftlich bedeutsam werden, als Politik umgedeutet werden, dann lässt sich gegen sie wie gegen eine politische Meinung opponieren.

Uns als Wissenschaftlern, die wir nach Fakten und Gesetzmäßigkeiten suchen, ist diese Art der Auseinandersetzung fremd. Mehr noch: Es ist ein perfider Vorwurf, zu politisch zu sein. Perfide deshalb, weil wir uns scheinbar entscheiden müssen zwischen wahrer Wissenschaft und Politikberatung. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Eine fundierte Politikberatung ist nur auf der Basis seriöser Forschung möglich. Und wer seine Arbeit als Wissenschaftler ernst nimmt, übersetzt seine Ergebnisse und stellt sie Politik und Gesellschaft als Beratung zur Verfügung – zum Beispiel über die Medien. Hierfür ist in Zeiten der Arbeitsteilung eine gute Pressearbeit von zentraler Bedeutung. Umso verständlicher ist für mich das Argument, mit dem mich Kolleginnen und Kollegen aus Institutsleitungen gelegentlich konfrontieren: „Für eine professionelle Pressestelle müsste ich eine Wissenschaftlerstelle opfern und für ein auskömmliches PR-Budget könnte ich mehrere Doktoranden ausbilden. Da investiere ich das Geld lieber in Wissenschaft.“ Hinter dieser Argumentation stecken eine richtige Einsicht – nämlich: gute und professionelle PR ist nicht billig – und eine falsche: Es gehe heute ohne Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

Legitimations- und Konkurrenzdruck sowie Misstrauen sind mittlerweile zu groß, um sich auf das Wohlwollen von Politik und Medien verlassen zu können. Mehr noch: Eine gute Medienarbeit hilft den Journalisten dabei, Forschungsergebnisse einzuordnen und überprüfbar zu machen. Das erleichtert es den Medien wiederum, nicht nur Wissenschaft, sondern gerade auch politisches Handeln kritisch zu prüfen. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Nimbus des Genies und Nobelpreisträgers, wie er Einstein umgab, ausreichte, um politischen Einfluss zu nehmen. Vielmehr muss Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gemeinsam mit ihren Öffentlichkeitsarbeitern daran gelegen sein, eine Transparenz zu erzeugen, die es der Politik ebenso wie der breiten Öffentlichkeit, vertreten durch die Medien, ermöglicht, kluge Entscheidungen über unsere Zukunft zu treffen.

Literatur

- Mayer, Karl Ulrich, Grunow, Daniela, Nitsche, Natalie. 2010. Mythos Flexibilisierung? Wie instabil sind Berufsbiografien wirklich und als wie instabil werden sie wahrgenommen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62, 369–402. Köln.
- Rammer, Christian. 2010. *Die außeruniversitäre Forschung in Deutschland und ihre Rolle im Wissenschafts- und Innovationssystem*. Mannheim: ZEW.

Handbuch Wissenschaftskommunikation
Dernbach, B.; Kleinert, C.; Münder, H. (Hrsg.)
2012, XVIII, 392 S. 10 Abb., Hardcover
ISBN: 978-3-531-17632-1